Heer und Hakenkreuz

Wehrpolitische Gedanken

Von Symmachos.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir geben diese Zuschrift wieder, ohne uns mit ihr in allen Einzelheiten zu identifizieren.

Die Abrüstungskonferenz ist also bis zum Oktober vertagt worden, nachdem der Gesandte Hitlers, Herr Nadolny, mit seinem Vorschlag, weiterzutagen, auf weiter Flur allein geblieben ist. Wer da glaubt, die Konferenz werde sich im Oktober wieder friedlich zusammenfinden und etwas wie eine Abrüstung beschließen, zahlt einen Taler.

Herr Nadolny hat in Genf nichts anderes gesagt, als was er und alle seine Vorgänger auf diesem Gebiet schon früher unter anderen Bedingungen auch gesagt haben. Der Unterschied ist nur, daß man früher immerhin etwas davon geglaubt hat und daß man jetzt gar nichts mehr glaubt.

Auch Hitler hat nichts anderes gesagt als was Hermann Müller und Stresemann auch schon gesagt haben: „Deutschland braucht Frieden". Leider fügte er hinzu: „Noch zehn Jahre". Das wird nun von der ganzen Welt so aufgefaßt, daß Hitler nur noch zehn Jahre Frieden will und daß er diese Zeit benützen will, um den neuen Krieg vorzubereiten.

Ein Müller-Stresemann-Ausspruch ohne Hitler-Zusatz wäre der deutschen Sache nützlicher gewesen. Vielleicht hat es Hitler *gar nicht so gemeint*. Aber ein Staatsmann muß die Wirkung seiner Worte berechnen können. Das Friedensbekenntnis ist für jede deutsche Regierung eine Selbstverständlichkeit. Seine Begrenzung auf zehn Jahre war eine Dummheit.

Leider ist diese Dummheit nur eine von vielen, die auf dem Gebiete der Außenpolitik gemacht werden. Es hieße, die führenden Männer der Reichswehr unterschätzen, wollte man annehmen, sie wären blind für die Gefahren, die dadurch gerade für die Wehrmacht heraufbeschworen werden.

Daß das österreichische Bundesheer in diesen Tagen seine reichswehrähnliche Uniform ablegt und zu altösterreichischen Modellen zurückkehrt, ist für die deutsche Wehrmacht gerade kein Kompliment. Es ist aber auch leider das Symptom eines allgemeinen Zustandes der Abneigung und des Mißtrauens Deutschland gegenüber, das Symptom einer Isolierung, wie sie selbst während des Weltkrieges nicht bestanden hat.

Im Weltkrieg stellte die deutsche Außenpolitik die deutsche Wehrmacht — damals die stärkste der Welt — vor ein Problem, das nicht zu lösen war. Das war, militärpolitisch betrachtet, der tiefste Sinn und der tiefste Grund der deutschen Niederlage. Eine Wiederholung des „Hineinschlitterns" in einen Krieg aller gegen Einen hieße die deutsche Wehrmacht in einem sinnlosen Abenteuer aufreiben. Ganz abgesehen davon, was dieses Abenteuer für das deutsche Volk bedeuten würde, glauben wir nicht, daß die Führer der Reichswehr geneigt sind, jede Tölperhaftigkeit der Außenpolitik mitzumachen, um dann für den Rest ihres Lebens als geschlagene Generäle herumzulaufen.

Ist also der deutsche Faschismus mit seiner Ungeschicklichkeit nach außen für die Wehrmacht eine Gefahr, so ist er es mit seiner Brutalität nach innen nicht minder. Ein System, das darauf beruht, daß die Mehrheit des Volkes von einer Minderheit tyrannisiert wird, ist völlig ungeeignet, für eine moderne Wehrmacht die Grundlage zu bilden. Unvergessen bleibt die große Lehre des Weltkrieges, wie die absolutistisch regierten Staaten — das zarische Rußland zuerst — einer nach dem anderen zusammenbrachen, während die Demokratien mit ihren inneren Schwierigkeiten fertig wurden und schließlich auch militärisch siegten.

Gilt diese Lehre nur für die Vergangenheit? Im Gegenteil, sie wird mit jedem Tage richtiger! Man braucht nur die italienische und die französische Wehrmacht untereinander zu vergleichen, um zu diesem Schluß zu gelangen. Kein Fachmann zweifelt an der ungeheueren Ueberlegenheit Frankreichs, keiner zweifelt daran, daß im Falle eines Zusammenstoßes der Niederbruch Italiens in kürzester Frist eine Selbstverständlichkeit wäre. Warum? Weil die Despotie den Verteidigungswillen des Volkes lähmt!

Der Faschismus nennt sich zwar national, in seiner Wirkung ist er aber antinational. Und die Dienste, die er mit übertriebener Beflissenheit der Wehrmacht anbietet, sind in Wirklichkeit Bärendienste. Seine Behauptung, er habe das deutsche Volk zusammengeschweißt, ist doch nur Selbstbetrug: das deutsche Volk ist heute zerrissener denn je. Der vergewaltigte Teil hat nicht dadurch zu existieren aufgehört, daß man ihn zum Schweigen zwingt, er besteht als gährende Masse weiter und verzehrt sich in Rachegedanken. Ein Volk, das sich in einem solchen Zustand befindet, ist außenpolitisch und militärpolitisch nicht stark, sondern schwach. Als „Volk in Waffen" würde es die Waffen nur benützen, um einer über den anderen herzufallen.

Auf keinen Fall kann der Fanatismus einer Parteigruppe den Wehrwillen einer ganzen Nation ersetzen, der nur in Freiheit gedeihen kann. Deutschland ist jetzt nach außen schwach, schwächer als vor dem 30. Januar 1933, und wird es bleiben, bis das grauenhafte Unrecht, das an dem deutschen Arbeiter begangen wurde, wieder gutgemacht worden ist. Nur der Sturz der Despotie, die Deutschland heute gefangen hält, kann die Vorbedingungen für den Bestand einer ihrem Zweck genügenden Wehrmacht herstellen. Treiben die Dinge weiter wie bisher, dann stürzt über kurz oder lang Deutschland kopfüber in den Abgrund — die Reichswehr voran!

Folgen der falschen Ausdrucksweise einer „vergangenen Zeit". Wenn das keine Reformatoren sind!

Narren und Verbrecher regieren ein Volk

Schweyer sagt die Wahrheit

Und muß dafür vor Gericht.

Der sehr weit rechts stehende frühere bayrische Innenminister Dr. Schweyer hat an den ehemaligen Ministerpräsidenten Held einen Brief geschrieben, in dem es heißt:

„Entartete Menschen geben vor, die sittlichen Erneuerer des deutschen Volks zu sein, während sie doch nur den Menschen mit Gewalt ihren Willen aufzwingen und wie Raubtiere ihre egoistischen Instinkte befriedigen. Empörend ist dabei besonders, daß Lüge, Verdrehung und Heuchelei bis in die obersten Stellen hinein herrscht. Es müßte einem das Herz bluten, wenn man sieht, wie heute unsere Jugend systematisch verdorben und zur Ungesetzlichkeit ermuntert wird."

Der Brief fiel in die Hände der Staatspolizei und Schweyer wurde verhaftet. Bei einer Vernehmung nahm er nicht nur nichts zurück, sondern fügte auch noch über Hitler einige treffende Bemerkungen hinzu. Der mutige alte Mann — er ist über 65 — soll angeblich vor ein Gericht gestellt werden. Wahrscheinlich wird man sich das aber noch einmal überlegen und ihn ohne gerichtliches Verfahren gefangen halten, wie das auch Zehntausenden anderen auch geschieht.

In Schutzhaft genommen wurde auch der frühere bayrische Kultusminister Dr. Goldenberger.

Ein Narr mit dem Feldherrnstab

Ludendorff läßt einen konfusen Brief verbreiten, den er an Frick geschrieben hat. Darin heißt es:

Juda und Rom haben den Hort der Deutschen Freiheit, das Deutsche Heer, zerschlagen, für das ich im Frieden gesorgt und das ich im Kriege geführt habe.

Heute zerschlagen meine Deutsche Freiheitbewegung Deutsche, mit denen ich einst in einer Front stand. In dieser Front waren Gewehre auf mich gerichtet. Ich durchschritt aufrecht die auf mich feuernden Schützen, wie ich in Lüttich den auf mich feuernden Feind aufrecht entgegenging.

Aufrecht werde ich auch jetzt weitergehen und mit mir die freien Deutschen, die heute am Kampf für Deutsche Volks- und Staatsschöpfung verhindert werden sollen.

Der Kaiser wollte sich mit Hilfe der Sozialdemokratie ein neues Reich errichten. Sie wollen mit Hilfe der Kirchen den neuen Staat gründen. Die Sozialdemokratie nahm dem Kaiser die Macht. Wie sich die Verhältnisse bei uns entwickeln werden, werden Sie erleben.

Auch diesen Narren hat der deutsche Spießbürger einmal, wie später Hindenburg und noch später Hitler in kindischem Aberglauben als „Retter" gefeiert!

Klassenunterschiede abgeschafft

Das Maul allein macht es

Die Naziführer haben den Unternehmern bekanntlich versprochen, die Klassenkämpfe ein für allemal abzuschaffen. Wie sie das machen, zeigt folgender Bericht aus Berlin:

Ein Runderlaß des Reichspropagandaministers Dr. Göbbels verbietet den deutschen Zeitungen eine „reaktionäre Berichterstattung". In dem Runderlaß wird erklärt, daß in der letzten Zeit die deutschen Blätter über Veranstaltungen der Reichsregierung, an denen führende Personen der NSDAP. oder nationaler Verbände teilgenommen haben, in Ausdrücken, „die in einer vergangenen Zeit angebracht waren", berichteten. Es wird künftighin verboten, dauernd von „Spitzen der Gesellschaft" oder von „Persönlichkeiten der ersten Kreise" usw. zu sprechen. In der jetzigen Zeit gebe es keine Klassen- und Kastenunterschiede. Die deutsche Presse wird also darauf aufmerksam gemacht, ihre Berichte genau zu überprüfen, damit kein Anlaß zu Beanstandungen in der erwähnten Art vorliegt.

Weise und Gelehrte haben Jahrzehnte hindurch mit rauchenden Köpfen am größten sozialen Problem gearbeitet, haben lebenslänglich die Frage durchdacht, wie die Wirtschaftsordnung beschaffen sein müssen, die endlich jegliche Klassengegensätze aus der Welt schafft. Welch armselige Tröpfe, diese Forscher von Aristoteles bis Karl Marx! Goebbels löst solche Menschheitsfragen im Maulumdrehen. Nicht staatliches Erbrecht oder Sozialisierung und Expropriation sind nötig, sondern nur ein Federstrich braucht es: man verbiete es, von den herrschenden Schichten oder obersten Kreisen zu sprechen — und schon „gibt es keine Klassenunterschiede mehr". Denn diese Gegensätze sind keine ökonomischen Tatsachen, sondern nur bedauerliche

Fremde im Räuberstaat

Vor kurzem fuhr ein Prager Kaufmann mit seinem Auto nach Leipzig. Er war kaum ausgestiegen und gerade dabei, seinen Wagen abzuschließen, als er plötzlich eine volle Ladung Spucke ins Gesicht bekam. Ein uniformierter SA.-Mann hatte an der Autonummerntafel das Herkunftsland, die Tschechoslowakei erkannt und darauf so reagiert. Der Kaufmann wischte sich das Gesicht ab, erledigte in möglichster Kürze seine Angelegenheiten und fuhr heim. Vermutlich auf längere Zeit. Irgend ein Rechtsmittel gegen solche Behandlung war ihm nicht bekannt. Wir wissen auch keines.

Ein anderer Fall betrifft einen seit Jahrzehnten in einer anderen reichsdeutschen Großstadt lebenden Geschäftsmannes, der gleichfalls Staatsbürger ist. Ihm führte einfach ein SA.-Mann, der sich auf einen Staffelbefehl berief, das Auto weg. Der Besitzer geht auf die Polizei und verlangt, daß man ihm seinen Wagen wiedergebe. „Wir haben Ihnen doch das Auto nicht weggenommen. Wenden Sie *sich doch an die zuständige Befehlsstelle!*" Der Mann kennt sie nicht und hat auch kein Bedürfnis danach. Als er sein Begehren unterstreicht, wird er gefragt, ob er denn etwa dem SA.-Mann Diebstahl vorwerfen wolle. Nun erklärt der Kaufmann, er sei Tschechoslowake und stehe unter dem Schutz seines Konsulats. Das wird ihm als Drohung gegen die Polizei ausgelegt. Weil er aber schon solange dort lebt, wird ihm erklärt, dann gebe es das mit Konsulat überhaupt nicht mehr und er habe nach „unseren Gesetzen" zu leben. Weil er dies nicht einsehen, aber sein Auto wieder haben wollte, wird er „wegen frechen Benehmens" gleich da behalten.

Nicht lümmeln!

Sonst wird „an Ort und Stelle abgestellt."

Der „Mainzer Anzeiger" veröffentlicht nachstehende Erklärung:

„Das Benehmen eines Teiles der Bewohner der Stadt gibt mir Veranlassung zu folgender Bekanntmachung: Es fällt allgemein unangenehm auf, daß sich Leute mit den Händen in den Hosentaschen in den Straßen herumlümmeln und den enthüllten Fahnen von Verbänden und Vereinen nicht die gebührende Ehrung zollen. Dieser undenkbare Zustand muß sofort abgestellt werden. Die Fahnen sowie die Feldzeichen der SA. sind sofort mit der nötigen Ehrerbietung zu behandeln. Bei Märschen von Wehrverbänden sind die entrollten Fahnen zu grüßen. Achtungsverletzungen, d. h. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung, werden an Ort und Stelle abgestellt. Ich hoffe, daß dieser Hinweis genügt, diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen.

Mainz, den 19. Juni.

(gez.) Lotz,

Sonderkommissar des Kreises Mainz."

Die deutschen Machthaber von heute haben ihre Sorgen. Wir erinnern uns übrigens, schon auf der Schulbank etwas ähnliches gelesen zu haben, nämlich in einem Drama Wilhelm Tell von einem sicheren Friedrich Schiller. In diesem Stück war der Hut des Landvogts Geßler auf der Stange „mit der nötigen Ehrerbietung zu behandeln" und die Zuwiderhandlung des „herumlümmelnden" Mannes Wilhelm Tell wurde von Geßler „an Ort und Stelle abgestellt". Die Sache ging jedoch, wen wir uns des Dramas richtig entsinnen, für den Landvogt Geßler recht ungünstig aus und die herumlümmelnden freien Schweizer bhielten recht nach dem Worte Schillers: „Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht!"

Sie lügen wie die Teufel

Frick und Göbbels über die zweite Revolution

Göbbels am 26. Juni:	Frick am 11. Juli:
Man soll nur ja nicht denken, daß die nationalsozialistische Revolution zu Ende sei. Sie geht erst zu Ende, wenn die NSDAP. den ganzen Staat besitzt! (Conti-Bericht.)	**Die Revolution ist in das Stadium der Evolution getreten. Jeder Versuch einer Fortsetzung der Revolution oder einer zweiten Revolution muß mit den schärfsten Mitteln, mindestens mit Schutzhaft, geahndet werden.** (Wolff-Bericht.)

Da wird ja wohl Frick bald den Goebbels verhaften müssen. Denn zu einer Revolution, die den ganzen Staat besitzen will, gehört ja wohl die Entmachtung des Großkapitals. Herr Goebbels wird sich revidieren müssen.

Der entfesselte Ankläger

Justiz im Dritten Reich

Von Justinian.

Hurra — **er ist wieder da!** — Er zog zugleich mit dem braunen Frühling in die deutschen Gerichtssäle ein: der Jupiter mit der zerhauenen Visage, der durch sein Monokel den Blitz, der im vollendetem Pathos seiner Stimme den Donner auf den Frevler niedersausen läßt, während die emporgewichsten Schnurrbartspitzen in sittlicher Empörung erzittern. Der unerbittliche, der eherne Staatsanwalt steht wieder in preußischer Strammheit vor dem Forum. Kein psychologischer, forschender Zweifler mehr, wie in schlapper, republikanischer Zeit, sondern der unbedingte, hemmungslos draufhauende Ankläger, wie ihn das Herz aller Großtanten ersehnt hat!

Ja, es ist eine Lust, die Gerichtsspalte der gleichgeschalteten Mosse-Ullstein-Hugenberg-Presse zu durchfliegen. Der Erste Herr Staatsanwalt: „M. H. Geschworenen . . . die Angeklagte . . . eine Bestie, niedrigster Abschaum des großstädtischen Untermenschentums . . . Geschwür ausbrennen . . .verwirklichende Humanität . . . eiserne Strenge des Gesetzes . . . zermalmen . . . lebenslängliches Zuchthaus."

Und der Verteidiger? Ach so, gibt's den noch? In den Berichten der Lügen-Presse verkriecht er sich in drei dürftige Petitzeilen. Der Verteidiger ist dem Staatsanwalt gleichgeschaltet. Er hat nur um Entschuldigung zu stammeln. Entschuldigung dafür, daß er da ist. Daß er diese Bestie, wie der Herr Erste Staatsanwalt die Angeklagte mit Recht nannte, überhaupt verteidigt. „Aber so lange das Gesetz" — Augenaufschlag nach oben, — „leider auch für solche Unwürdigen einen Verteidiger vorschreibt . . ." Immerhin bitte er zu erwägen, was der Herr medizinische Sachverständige über den Geisteszustand der Angeklagten . . .

Der medizinische Sachverständige, richtig, was sagte der vorhin? — „Die Angeklagte ist zweifellos eine degenerierte, erblich schwer belastete, psychopathische Persönlichkeit mit stark vermindertem sittlichen Urteilsvermögen, deren Sensibilität sich periodisch zu krankhaften Erregungszuständen steigert. Dennoch ist ein Fehlen der freien Willensbestimmung gemäß § 51 St.-G.-B. bei der Angeklagten nicht zu konstatieren. Sie hätte mit eiserner Energie ihre Veranlagung niederkämpfen, und durch straffe Disziplin ihre Erregung meistern müssen. Diese Energie hat die Angeklagte nicht aufgebracht. Statt dessen . . ."

Statt dessen . . . Ja, das hören wir wieder am besten aus dem Munde des Herrn Ersten Staatsanwalts: „. . . ein feiges, schlappes, haltloses Frauenzimmer . . . hätte sehr wohl sich bemeistern können . . . zog bequemen Weg vor . . . volle Einsicht in ihr Tun . . ."

Die volle Einsicht in das Tun dieser Minderwertigen, die hat eben der Herr Staatsanwalt: ein Mensch kann halb oder dreiviertel verrückt sein, das ist seine Sache; — aber er muß sich beherrschen, basta! Natürlich kann sich jeder Mensch beherrschen, der Geistesschwache genau so wie der Gesunde, — wozu leben wir im Preußen des Morphinisten Göring?!

Ob er's glaubt? — Was glaubt ihr? — Ich glaube folgendes: Jeder Staatsanwalt weiß, wie der Wind von oben weht. Kein Verteidiger möchte wegen „Unzuverlässigkeit" seiner Zulassung bei Gericht verlustig gehen. Und was die Herren Richter anbetrifft, so hat sich auch bei ihnen schon herumgesprochen, daß die richterliche Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit nicht mehr bestehen.

Das Publikum? — Freut sich größtenteils, daß es jetzt ordentlich gegen die Verbrecher geht. Recht so, die Kerle verdienen kein Mitleid. „Mitleid — ja, meine Herren Richter, — Mitleid allein mit den Opfern!" Allen Spießern aus der Seele geredet, Herr Erster Staatsanwalt!

Aber, was der Spießer nicht weiß, freilich, was der Herr Staatsanwalt wissen sollte: Nach dieser Maxime haben Generationen jahrhundertelang die Strafjustiz gehandhabt und sind des Verbrechens nicht Herr geworden. Je mitleidloser sie vorgingen, desto fester schlossen sich auf der anderen Seite die hoffnungslos ausgestoßenen Asozialen gegen die Gesellschaft zusammen. Der Kriminalist Heindl hat berechnet, daß ein einziger Berufsverbrecher meist soviel Straftaten begeht und so großen Schaden anrichtet, wie hunderte Gelegenheitssünder zusammengenommen. Welche Strafpolitik ist also besser: die hundert Schwache unbarmherzig ins Berufsverbrechertum stößt, oder die auch nur einen Teil von ihnen wieder zur Gesellschaft zurückführt und bessert?

Aber — das sind keine Erwägungen, die in die Aera des Dritten Reiches, ins Zeitalter des Glaubens an die alleinseligmachende Brutalität passen. Dieses System stellt hoch über das Recht die Staatsraison, seine Staatsraison. Das geht so vor sich:

Zeitungsnotiz: Alle deutschen Rechtsanwälte haben es abgelehnt, die Reichstagsbrandstifter zu verteidigen. — Recht so! Wo die Staatsraison das Urteil schon vor dem Prozesse fällt, lasse ein vorsichtiger juristischer Brotverdiener — etwas anders ist ein Rechtsanwalt nämlich nicht — die Finger davon. Er bedecke seine Feigheit, wie das heute große Mode in Deutschland ist, mit dem Feigenblatt der Tugend: er lasse von vornherein seine sittliche Entrüstung überkochen über dem Verbrecher, dessen Schuld doch erst in der kommenden Verhandlung festgestellt werden soll. Wer es nämlich noch nicht gewußt hat, der erfährt jetzt, worin die wahre Tugend des Verteidigers liegt: Er hat all das bedingungslos zu glauben, was eine interessierte Regierung über die Angeklagten im voraus in der Presse publiziert. Sagt die Regierung „Diese hier sind die Brandstifter", so hat die Verteidigung nicht etwa die Aufgabe nachzuforschen, wo die wahren Brand- und Anstifter sitzen. Nein, schaudernd vor aller Entrüstung wendet sie ihr Antlitz von den obrigkeitlich zur Verurteilung bestimmten Sündern ab und überläßt sie kalt ihrem Schicksal. O schwerer Beruf, Anwalt des Rechtes zu sein!

Entfesselte Staatsanwälte — bibbernde Verteidiger, welch edles Bild ritterlicher Erneuerung eines Volkes!

Ihre Schande — unsere Ehre!

Eine neue Märtyrerliste aus dem Dritten Reich.

Der in Holland geborene und auch dort ansässige Arbeiter Wilhelm Drenth soll am 22. Mai d. J. in einer an der holländischen Grenze gelegenen Ortschaft behauptet haben, was alle Welt glaubt, nämlich, daß der Reichsminister Göring den Reichstagsbrand herbeigeführt habe. Drenth, der angab, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, wurde nach Hannover geschleppt und dort vor ein Sondergericht gestellt. Man verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis.

Der Schriftsetzer Henry Pinkepank aus Wolfenbüttel wird beschuldigt, in einem kleinen privaten Kreise über die SA. und über den Kampfflieger Richthofen abfällige Bemerkungen gemacht zu haben.

Der Staatsanwalt des Sondergerichtes, vor dem sich Pinkepank zu verantworten hatte, bedauerte in seinem Plädoyer ausdrücklich, daß der Angeklagte seine Aeußerungen nicht in der Oeffentlichkeit gemacht habe, so daß er leider keine höhere Strafe beantragen könne als zwei Jahre Gefängnis.

Das Urteil lautete entsprechend dem Antrage des sauberen Staatsanwalts.

Bei dem Rohrleger Alfred Stöter aus Wolfenbüttel war ein Gewehr und ein Sprengkörper gefunden worden, wie man ihn zum Wurzelroden benutzt. Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Der neunzehnjährige Tischler Franz Dill aus Braunschweig hatte ein einzelnes Exemplar einer „Maizeitung" in den Briefkasten eines anderen Arbeiters gesteckt. Er bekam dafür die Strafe von einem Jahr und einem Monat Gefängnis.

Der 25 Jahre alte Kupferschmied Hans Rode hat mehrere Exemplare einer verbotenen Zeitung weitergegeben. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr und sieben Monaten Gefängnis.

Die 39jährige Witwe T. aus Kassel beschuldigte am 20. Januar (!) den später zum Staatssekretär ernannten Dr. Roland Freisler, er habe versucht, in einem Prozesse Zeugen zu beeinflussen. Diese Aeußerung muß die Frau mit acht Monaten Gefängnis büßen.

Die Angeklagten Oskar Schmitt und Friedrich Weber wurden wegen Verbreitung einer verbotenen Druckschrift zu je einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Geschäftsreisende Anton Meier aus Wernigerode hat fünf Exemplare einer verbotenen Zeitung weitergegeben. Er erhielt dafür eine Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren.

In Hamburg wurde ein Schlächter zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil man bei ihm ein gegen die Hitlerdiktatur gerichtetes Flugblatt fand, das in Kopenhagen gedruckt war.

Die große Strafkammer in Dessau verurteilte drei Arbeiter, die Schmährufe gegen die Nationalsozialisten ausgebracht hatten, zu Zuchthausstrafen von einem Jahr und sechs Monaten bis zu zwei Jahren und einem Monat.

Der Gespannführer Richard Ewers, seine Frau und die Landarbeiterin Elsa Koch aus Beierstedt sollen am 18. April während der Frühstückspause auf dem Felde gesagt haben, die Nationalsozialisten hätten mehrere Leute grausam mißhandelt. Sie wurde zu je anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Solche Urteile fällen die Gerichte im heutigen Deutschland täglich zu Dutzenden — ohne daß man es überhaupt erfährt!

Der Mann, der Arbeit bekam

„100.000 Gerichtsvollzieher werden arbeitslos, wenn Hitler an die Macht kommt!", diese Worte plakatierte der große Reklame-Anreißer Goebbels auf blauen, den Pfändungssiegeln nachgebildeten Klebezetteln bei einer der letzten Wahlen. Es hat zwar niemals 100.000, noch nicht einmal 10.000 Gerichtsvollzieher in Deutschland gegeben. Aber ganz sicher ist: **kein einziger Gerichtsvollzieher hat bisher durch Hitlers Machtergreifung Arbeit oder Arbeitsgebiet verloren. Im Gegenteil, seitdem die Hitlerregierung aus brennender Finanznot dazu übergegangen ist, wegen rückständiger Steuern ohne vorangegangene Mahnung sofort zu pfänden, blüht der Weizen der Gerichtsvollzieherzunft mehr denn je.**

Dagegen können wir immerhin von einem Arbeitslosen erzählen, der durch Hitler positiv wieder Arbeit bekam: das ist der Scharfrichter. Nachdem in den letzten Jahren nur ganz selten Hinrichtungen in Preußen stattgefunden hatten — zwischen der Hinrichtung des Sexualmörders Schumann und der des Massenmörders Kürten lag eine Pause von mehreren Jahren — geht jetzt der Betrieb des Henkers wieder äußerst flott von statten: keine Woche ohne Hinrichtung, und mitunter zwei am gleichen Tag. Herr Groppler aus Magdeburg, der und W. das Metier des staatlich zugelassenen Kopfabschneiders auch heute noch betreibt, kann sich über das neue Regime nicht beklagen, er ist **„angekurbelt"** wie selbst die Rüstungsindustrie nicht angekurbelt ist. Sein Bedarf an Wetzsteinen für das Henkerbeil hat sich verzehnfacht; die weißen Handschuhe, unter denen es ein preußischer Henker bekanntlich nicht tut, kommen gar nicht mehr von der Wäscheleine. Auch die chemische Reinigungsindustrie und das Schneidergewerbe haben zu tun: Herr Groppler braucht jetzt mehrere Hinrichtungsfräcke, da ein oder zwei davon dauernd bei Spindler sind, um von den Blutflecken der letzten Prozedur gesäubert zu werden. „Keine Woche ohne Blutfleck", lautet das Leitmotiv des tüchtigen Fachmannes.

Henker sein, ist ein lukratives Geschäft. Für jede Hinrichtung gibt es ein paar blaue Lappen Honorar, weswegen der Andrang zu dem Gewerbe stets äußerst stark war. Herr Groppler mag sich gratulieren, daß er den Posten noch zu einer Zeit erhielt, wo die Konkurrenz nicht allzu scharf war. Heute, wo dank Hitlers herrlicher SA mehr als hunderttausend Deutsche fachmäßig zu Henkersknechten ausgebildet sind, hätte Herr Groppler den Posten nicht so leicht erhalten. Aber auch zur Zeit des alten Königstums hatte er eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz zu überwinden. In den verruchten republikanischen Zeiten, wo man nicht unbedingt des Henkers als Staatsstütze bedurfte, hat sich ein sozialistischer Abgeordneter einmal der Mühe unterzogen, die Akten des Justizministeriums betreffend Scharfrichteramt zu durchblättern. Er stieß dabei auf ein Bündel Bewerbungsschreiben von der letzten Ausschreibung der Scharfrichterstelle her und konnte folgende Blüten zur Kenntnis nehmen:

Ein Bewerber pries sich an mit der Begründung: „Ich eigne mich besonders zum Scharfrichteramt, weil ich jedes menschlichen Gefühls bar bin."

Ein anderer, Fleischergeselle von Beruf, empfahl sich mit den Worten: „Es würde mir nicht mehr Skrupel verursachen, einen Menschen als einen Ochsen abzuschlachten."

Den Vogel unter den Bewerbern aber schoß ein verbummelter ehemaliger Student der Theologie ab. Dieser Gemütsmensch meinte: „Durch mein früheres Studium bin ich imstande, jedem Deliquenten erst geistlichen Trost zuzusprechen, bevor ich ihm dann den Kopf abschlage."

Freuen wir uns, daß für Männer dieser kernhaften Art in Deutschland jetzt reichliche Arbeitsmöglichkeit, sei es legaler, sei es auch illegaler Art besteht! Unnütz zu sagen, daß diese Naturen sich mit Begeisterung der Gleichschaltung unterworfen haben: unter dem Vorsitz des Ehrenmannes Ley formieren sie die einheitliche deutsche Henkersfront. Joe.

Zuchthaus für Sprengstoff!

Wenn es sich um Kommunisten handelt.

Offiziös wird aus Berlin gemeldet:

In einer gegen acht kommunistische Funktionäre geführten Verhandlung vor dem schleswig-holsteinschen Sondergericht in Altona wurde einer amtlichen Nachricht zufolge festgestellt, daß bei der kommunistischen Partei der Plan bestand, die wichtige Hochbrücke, die bei Hochdonn über den Kaiser-Wilhelm-Kanal führt, in die Luft zu sprengen. Die Betreffenden hätten bereits zwei Koffer mit Sprengstoff bereitgehalten und auch durch Messungen und Zeichnungen die beste Art der Ausführung vorbereitet. Der eigentliche geistige Urheber dieses Planes soll bisher noch nicht ermittelt worden sein.

Der Hauptangeklagte wurde zu acht Jahren Zuchthaus,

die übrigen Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen in der Dauer von eineinhalb bis zu sechs Jahren verurteilt.

Sprengstoffverbrechen waren neben Mordanschlägen die hauptsächlichsten Kampfmaßnahmen des Nationalsozialismus auf seinem Wege zur Macht. In Oesterreich werden auch heute noch fleißig Brücken und Bahnübergänge gesprengt. Wenn in Altona Kommunisten ins Zuchthaus müssen, weil sie daran gedacht hatte, das nationalsozialistische Vorbild zu kopieren, so geht es dabei offensichtlich nach dem Grundsatz neudeutscher Rechte, nach dem nicht mehr die Tat bestraft wird ohne Ansehen der Person, sondern umgekehrt, die Person wegen ihrer Gesinnung ohne Ansehen der Tat!

Denunziert gefälligst Arbeiter!

Laut Meldung deutscher Zeitungen hat Hitler in einem Brief an den Reichsstatthalter Loeger in Braunschweig erklärt, die Denunziationen gegen Unternehmer müßten aufhören, die Wirtschaftsführer fühlten sich sonst vogelfrei. Dafür dürfen oppositionelle Arbeiter nach wie vor denunziert werden, ja, für dieses Geschäft werden sogar Prämien gezahlt. Die Arbeiter fühlen sich nicht vogelfrei, sondern sie sind es!

„Dass" und „wie"!

Goebbels dichtet wieder.

Wenn die Nazis mit akrobatenhafter Hurtigkeit alle ihre außenpolitischen Forderungen abbauen, wenn Nazi-Rauschning sogar auf die „Befreiung von Danzig" mitsamt dem Korridor verzichtet, muß der Propagandachef schließlich auch eine Begründung für so viel Verrat dichten. Wozu hat er sich schließlich als mießer Romancier bewährt?! Und so stürzte sich denn der dichterische Josef Goebbels in einer Rede beim Gebietsaufmarsch der schlesischen Hitlerjugend in Breslau folgendermaßen auf die verdutzten Zuhörer:

„Nicht daß die alten Parteien den Krieg verloren, sondern wie sie ihn verloren, nicht daß sie Reparationen zahlten, sondern wie sie Reparationen zahlten; nicht daß sie Gebietsverluste hinnahmen, sondern wie sie diese Gebietsverluste trugen — das verbittert uns . . . ."

Wenn's keine Continachricht wäre, könnte man es für eine Greuelmeldung halten, denn der Schwatz besagt: Wir Nazis werden auch zahlen, werden die Gebietsverluste hinnehmen, werden nicht weniger mucksen als die „Marxisten", — aber wir tragen es schwerer. Was man ja auch an den vielen Festen erkennt, die sie feiern und daran, daß sie wehrlose Marxisten quälen, während die Führer der „alten Parteien", die Kriegsverlierer und Kriegsverdiener, heute zu Hitlers Hofe gehören.

Die hungernden und verzweifelten Massen jedoch haben das alles vor Tisch anders gehört. Ihnen kommts auf das versprochene „Was" an, und der Tag naht, da auf Goebbels Dreh nur eine Antwort bleibt: **Nicht allein, wie ihr alle Versprechungen und Forderungen zertreten habt, sondern daß ihr sie zertreten habt; nicht allein wie ihr deutsches Land verraten, sondern daß ihr es verraten habt; nicht wie ihr jede Sozialisierung, sondern daß ihr versprochene Sozialisierung schuldig bliebt; nicht wie ihr keinen Vierjahresplan hattet, sondern daß ihr keinen Vierjahresplan hattet; nicht allein wie ihr uns dauernd belogen, sondern daß ihr uns belogen habt, — das verbittert uns! Hinweg mit euch, ihr Gauner und Betrüger!**

Morgenstern ist arisch.

Der Münchener Verlag Piper, der ehemals sein Hauptgeschäft mit den „kulturbolschewistischen" Büchern von Dostojewski machte, versucht die Gedichte Christian Morgensterns auf den Markt zu werfen. Der Verlag betont in seiner Verlagsreklame, Morgenstern sei durchaus arischer Abstammung gewesen.

„Verrückter Marxismus"

Was ein Nazi nicht zu wissen braucht.

Ueber der Roheit und Flegelhaftigkeit der Nazis vergißt man bisweilen ihre bodenlose Unwissenheit. So ist bei der **allgemeinen Empörung, die die Schimpfkanonade des „Arbeitervertreters" Ley in Genf auslöste, ein Sätzchen übersehen worden, das hier noch nachträglich aufgespießt werden soll, weil es die grenzenlose Unbildung dieses Nazi-Gehirns widerspiegelt.** Das Sätzchen lautet:

> Und so was (die von Ley so titulierten „Idioten von Südamerikanern" sind gemeint), soll die gleichen Rechte haben wie wir.

Das ist doch Marxismus in Reinkultur, diese verrückte Phrase, daß alles, was Menschenantlitz trägt, gleich sei!

Das muß immer wieder gebrandmarkt werden in der Presse.

Wissen die Nazis, von wem die „verrückte Phrase", über die Ley sich so erbost, herrührt? Wir wollen ihnen den „Marxisten in Reinkultur", der sie geprägt hat, denunzieren: es war der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte (1762—1814), und die „verrückte Phrase" von der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, findet sich — am Schluß seiner berühmten „Reden an die deutsche Nation". Dies sind die Reden, mit denen Fichte nach der Niederlage Preußens bei Jena i. d. Jahren 1807/1808 die Berliner Studentenschaft zu den Freiheitskriegen entflammte. Diese Reden schließen wirklich und wahrhaftig mit der Aufforderung Fichtes an die freiheitsdurstige Jugend, ein Reich entstehen zu lassen, wie es die Welt noch nicht gesehen, ein Reich ohne Unterdrückung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ein „Reich der Freiheit, gegründet auf Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt."

Wenn das „Marxismus in Reinkultur" ist, so wären tatsächlich die Freiheitskriege von 1813-1815 im Zeichen des Marxismus geschlagen worden! Das wäre umso wunderbarer, als der Vertreter des Marxismus, Karl Marx, erst 1818 das Licht der Welt erblickt hat! Wir schließen mit Ley: „Das muß immer wieder gebrandmarkt werden in der Presse."

9 von 10 adelig!

Laut Berliner Wolffmeldung wurden folgende Kommissarische Regierungspräsidenten endgültig ernannt: Prinz Philipp von Hessen (Kassel), Freiherr von Lüninck (Westfalen), Freiherr Hermann von Lüninck (Rheinprovinz), Dr. zur Bonsen (Köln-Rh.), von Menbart (Kassel), Freiherr von Oeynhausen (Minden), Dr. von Stockhausen, Zschintzsch (in Wiesbaden), von Pfeifer (Kassel), Dr. von Bethke (Königsberg).

Von zehn neuen Regierungspräsidenten sind also neun Adelige. Ernannt vom Führer der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei". Sein Weg zum Ständestaat führt direkt zum Feudalismus zurück.

Brief einer Arbeiterfrau aus dem Jahre 1932

Berlin, den 3. 7. 1932.

Liebe Hanna! Nun ist auch der Junge arbeitslos geworden. Kaum aus der Lehre entlassen, es ist eine große Sorge. Nur eins hilft uns durch die schwere Zeit: die beiden Kleinen sind im Kinderheim wenigstens tagsüber gut aufgehoben, sie bekommen dort auch besseres Essen.

Gestern habe ich mir das Heim einmal angesehen, es ist noch nicht lange eröffnet. Du, die schönen hellen Zimmer und der Garten — das kann einen richtig froh machen. Wie die Kinder im Freien turnen und spielen und Farbe kriegen! Wie vergnügt sie sind. Weißt du, wenn sie immer zuhaus hocken, müssen sie ja verkümmern, auch seelisch, denn wie in einer arbeitslosen Familie oft die Stimmung ist, das weißt du ja selbst. Gelacht wird kaum mal, und das ganze Leben sieht grau aus. Ich meine, es ist ein großer Segen, daß es wenigstens für die Kinder ein zweites Heim gibt, wo sie nicht in der engen Stube oder im schmutzigen Hof zu spielen brauchen und wo sie vor allem mal munter sein dürfen . . .

und eine Verfügung von 1933 . . .

Die letzte Berliner Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag des nationalsozialistischen Staatskommissars Lippert beschlossen, sämtliche Kinderheime und Erziehungsanstalten der Stadt Berlin mit sofortiger Wirkung zu schließen.

Konzentriert ohne Lager

Der nationalsozialistische Kommissar von Pirmasens hat den „politisch Verdächtigen" verboten, ihre Wohnungen nach sechs Uhr abends und vor neun Uhr morgens zu verlassen.

Klarheit bei Mosse

Letzte Nachricht: Der Verlag Rudolf Mosse hat die Zahlungen eingestellt.

Herrn Karl Vetter, einst Reklamechef der Berliner Gastwirtsmessen und verwandter Branchen, heute Generaldirektor der dem Juden Hans Lachmann-Mosse abgepreßten Rudolf Mosse-Stiftung G. m. b. H., besagtem Vetter ist durch das mehrzöllige Fett etwas an die Nieren gegangen. Er hatte es sich so schön gedacht! Mit den behenden Füßen, die so schnell den Boden der Tatsachen fanden, im direktorialen Zimmer auf und abgehend, aus gewichtiger Zigarre den blauen Dunst hervorstoßend, den er jahrelang mit erprobter deutscher Treue allen Freunden vorgemacht hat, so also überlegte er: „Diese undankbaren Banditen, von jüdischen Lesern bestellen haufenweise das „Berliner Tageblatt" ab, trotzdem ich daraus eine braune Zeitung gemacht habe, neben der doch sogar der „Völkische Beobachter" erröten muß. Halt, ich hab's, ich muß diesen Judenschweinen noch deutlicher zeigen, wie ich mich für sie geopfert habe, um ihnen das „Tageblatt" zu erhalten! Ich werde dem Zeiz sagen, er solle in der „Brücke" über das Thema „Die Juden in Deutschland" schreiben lassen! Also Zeiz soll mal kommen"!

Und A. H. Zeiz kam, denn er kommt immer. Er kommt, wenn ganz Rot die Modecouleur ist und Spartacus das Mossehaus besetzt und man sich dabei im Zimmer Wolffs, des „Tageblatt-Chefredakteurs", einige Tage lang als journalistischer Berater des Besatzungschefs aufspielen und großmächtig Ausweise unterschreiben kann. Er kommt, wenn, im Spiel der Farben, die sogenannte Demokratie sich rosa schminkt. Er kommt, wenn nach langer Nacht Deutschland erwacht und allen, die das noch nicht gewußt haben sollten, zum Zeichen der nationalen Erhebung die Augen blau und die Rücken braun geschlagen werden. Dann marschiert A. H. Zeiz wieder Titelseite an Titelseite mit den neuen Kameraden und befolgt jedes Klingelzeichen.

Zeiz ließ sich's von seinem Vetter nicht zweimal sagen, setzte sich auf den verläßlichen Hintern und diktierte Schreibebriefe an alle, die da berufen sind, den jüdischen Lesern des „Tageblattes" mit der ganzen Aufrichtigkeit ihres deutschen Gemüts zu versichern, daß man es eigentlich mit den „lieben Juden" gar nicht so schlecht meine.

Da hat der Zeiz das nun so fein gefingert und mit dem Köder dicker und ausnahmsweise sofort zu bezahlender Honorare die trefflichsten Zeugen für den Opferdank des „Tageblatt" für das deutsche Judentum herangeholt. — Dennoch sind die unersättlich-jüdischen Leser undankbar genug, erst recht in hellen Haufen auf das bedruckte Klosettpapier zu verzichten. Und jene Menschen, die unverschämt genug waren, den Aufenthalt im Ausland dem in Hitlers Zuchthaus-Deutschland vorzuziehen, diese Aufsässigen hatten gar die Unverschämtheit, zersetzende Kritik an dieser Kulturgroßtat zu üben.

Das ist, wie gesagt, unserem lieben Vetter durch die ausgiebigen Fettpolster an die Nieren gegangen. Was tut man da? Man kommandiert den willfährigen Auslandskorrespondenten des Blattes, sofort aus den sie beherbergenden Ländern zu schreiben, welch gewaltigen Widerhall dort die „Diskussion" in dem „deutschen Weltblatt" gefunden habe. So war es dann schwarz auf weiß zu lesen, daß man in London, Paris, Warschau, Prag, Budapest und Stockholm tagelang die eigenen Sorgen vollkommen vergessen und von nichts anderem als der Publikation im „Tageblatt" gesprochen hat.

Aber jenen „gewissenlosen Grüppchen, namentlich in Wien und Prag", wird es „in vollstem Einverständnis auch mit unseren jüdischen Redaktionskollegen" von der „Gesamtredaktion des Berliner Tageblatts" folgendermaßen und ordentlich gegeben: „Die Kaffeehaus-Literaten und Schmocks, die bei ihrem vorübergehenden Gastspiel in Deutschland nur Durchfälle erleben konnten oder ihre Scheinerfolge lediglich dem Zusammenhalten ihrer Clique zu verdanken hatten, haben zu keiner Zeit etwas mit uns gemein gehabt. Sie spielen sich jetzt auf Kosten derer, die würdig ihr oft schweres Schicksal tragen, als Märtyrer auf und fühlen sich vollkommen zu Unrecht berufen, aus ihren sicheren Winkeln Schmutz und Unrat über unsere ernsten und aufrichtig gemeinten Bemühungen auszugießen."

Also haben sich die Pinners, Sinsheimers und sonstigen Konzessions-Juden wieder einmal für einige Wochen das Wohlwollen ihres Göbbels' erkauft. Und ihr Vetter wird weiter das ihm gebührende Vertrauen seiner neuen (wievielten?) Gesinnungsgenossen genießen, als ihr junger Mann in den Gesamträumen der jüdischen Ausgabe des „Völkischen Beobachters" schalten können. Allerdings wenn — —

— — wenn nicht inzwischen selbst Nazi-Behörden Bedenken kommen, neben ihrem Obersten Hauptmann von Köpenick noch einen zweiten Köpenicker zu dulden. Denn mittlerweile ist die Methode ruchbar geworden, mit deren Hilfe des Vetters Karl das Unternehmen Rudolf Mosse-Haus in seine braunen Händchen zu bringen verstand. Zuckmayer hätte Stoff zu einer noch aktuelleren Komödie, also: Wenn man in den Tagen der „nationalen Revolution" durch das Mosse-Haus in der Jerusalemerstraße ging, sah man allerorten und aller Oertchen stündlich sich vermehrende Tagesbefehle plakatiert, die in den größten Lettern unterzeichnet waren „Ohst, Staatskommissar". Ein Herr Ohst war nämlich eines Tages bei dem „reichsten Lehrling von Berlin", genannt Lachmann-Mosse, in der schönen, in der neuen braunen Nazi-Uniform erschienen, hatte statt jeder besonderen Legitimation zwei Pistolen auf den Tisch gelegt, bestellte sich als „Staatskommissar für das Rudolf Mosse-Haus" und streckte dann seine deutschen Beine unter den Tisch im Zimmer des Tagblatt-Chefredakteurs. Wie war er ins Haus gekommen, wer hatte ihn geschickt? Jetzt ist es heraus: Zwischen Vetter und Ohst bestanden schon lange vor dem 5. März recht herzliche Beziehungen, er war die Rückversicherung des strammen Republikaners und lieferte für Gutes, dem jüdischen Mosse-Verlage entnommenes Geld verläßliche Nachrichten aus der Hitlerpartei. Als nun die „nationale Erhebung" kam, ohne den unermeßlich macht- und herschsüchtigen Vetter in den Rang eines Chefs des gesamten Hauses erhoben zu haben, war der Plan zwischen zwei Edelmännern schnell beschlossen: „Du, lieber Ohst, kommst einfach als „Staatskommissar", mistest den Laden aus und machst mit dem Juden Lachmann ganz kurzen Prozeß. Jetzt muß er raus, und wenn ich erst den Laden in der Hand habe, dann sollst Du mal sehen!"

So beschlossen, so geschehen. Ein Greuelmärchen? Nun, dann lest gefälligst die hier folgende amtliche Erklärung des Berliner Polizeipräsidiums:

> „Polizeipräsidium der Stadt Berlin
> Abteilung I.
>
> An . . . . . .
>
> Auf Ihr gefälliges Schreiben vom . . . . teile ich Ihnen ergebenst mit, daß weder vom Polizeipräsidium noch von einer anderen amtlichen Stelle ein Kommissar beim Verlage Rudolf Mosse eingesetzt worden ist. Ebenso wenig ist von mir eine Anregung über Personalentlassungen oder Kürzungen von Gehaltszahlungen ergangen. Die Aufnahme des Herrn Ohst in dem Verlag beruht auf freien Vereinbarungen zwischen dem Verlage und Herrn Ohst. Die Vereinbarungen sind ohne Mitwirkung und Wunsch einer behördlichen Stelle getroffen worden. Die von dem Vertreter des Verlages Rudolf Mosse vor dem Arbeitsgericht gemachten Angaben sind daher nicht zutreffend. Es ist selbstverständlich, daß der Verlag seinen tariflichen und sonstigen Verpflichtungen nachzukommen hat.
>
> gez. Reinke.

Sicher hätten die beiden munteren Knaben noch lange an der Quelle sitzen können und ihr Krug wäre weiter zum Brunnen gegangen, wenn nicht der peinliche Zwischenfall mit Hanussen gekommen wäre.

Jedenfalls: Karlchens Köpenickiade ist entlarvt. Sein Osaf von Köpenick hat ausgespielt.

Glaubt nur, Ihr „gewissenlose Grüppchen, namentlich in Wien und Prag", Ihr Kaffeehaus-Literaten und Schmocks", der Generaldirektor der Rudolf Mosse-Stiftung G. m. b. H. würde jetzt sehr gerne mit Euch tauschen! Aber, wer möchte es! Als er damals, in den Frühlingstagen der „nationalen Revolution", mit beiden Plattfüßen den Boden der Tatsachen betrat, eröffnete er seine fröhliche Reise ins Dritte Reich mit dem Imperativ „Klarheit!" Nun, man hat vollste Klarheit über ihn. Den Tatbestand kann selbst ein Tintenfisch des „Berliner Tageblatt" nicht mehr verdunkeln.

Waldemar Grimm.

Arbeitersprüche

Hitler gib uns Brot!
Sonst werden wir rot!

*

Lieber Gott, oh mach mich stumm,
Daß ich nicht nach Dachau kumm.

*

Hakenkreuz ist Hungerkreuz.

*

Pg = sind wenige
Pj = sind viele.
An die Futterkrippe wollen sie alle.

*

SA — Siehste Adolf
SS — So en Saustall

Auch die Börse wird arisch

Am 30. September erlöschen sämtliche Börsenzulassungen der Berliner Makler. Ausgeschaltet werden sollen, laut offiziöser Meldung „Elemente, die nach Herkunft, Gesinnung und Betätigung nicht an die Börse gehören."

Moskau freut sich

über Hitlers Regierungskunst.

ПРОБНЫЙ ШАР
ИЛИ
«ЛИЧНОЕ» МНЕНИЕ Г-НА ГУГЕНБЕРГА

Wie die tollhäuslerische Kolonialdenkschrift der deutschen Regierung, die der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt wurde und die man dann vergeblich Herrn Hugenberg allein aufzubürden versuchte, in Rußland gewirkt hat, zeigt die obenstehende Zeichnung aus der Moskauer „Iswestja". Die Stimmung gegen Deutschland hat sich in Rußland aber noch weiter verschärft, als bekannt wurde, daß Berlin mit Tokio über einen Vertrag verhandelt, der sich naturgemäß nur gegen Sowjetrußland richten könnte und der ja auch ganz in der Richtung des Planes liegen würde, den die Denkschrift entwickelt, nämlich Teile des russischen Reiches von Deutschland aus zu kolonisieren.

Das tolle Treiben der Hitlerregierung wurde so für Rußland ein letzter Anlaß zum Abschluß von Verträgen, die es schon seit längerer Zeit vorbereitet hatte. Zu seinem Nichtangriffspakt mit Polen hat es einen neuen mit der kleinen Entente hinzugestellt, Karl Radek erschien als Friedens- und Freundschaftsbote in Warschau und auch der Streit mit Rumänien wegen Bessarabien wurde begraben. Inzwischen schloß Rußland einen neuen Frieden mit England, indem es den in einem Schädlingsprozeß verurteilten englischen Ingenieuren die Freiheit zurückgab und dafür die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen anstrebte. Auch in Paris und in Washington arbeitet Moskau mit sichtbarem Erfolg an der Verbesserung seiner Lage.

Man kann zusammenfassend sagen, daß Hitlerdeutschland dem bolschewistischen Rußland denselben Dienst geleistet hat, wie dem französischen „Erbfeind". Seit Hitler in Deutschland am Ruder ist, steigt das Prestige dieser beiden Staaten von Tag zu Tag, während das Ansehen Deutschlands in dem gleichen Tempo sinkt.

Herr Gömbös, der ungarische Ministerpräsident, der vorwitzig eine Sympathiereise nach Berlin unternommen hatte, mußte gleich darauf nach Wien fahren, um sich deswegen zu entschuldigen.

Aushalten, Brüder!

Der große Wahlsieg in Finnland.

Auch in Finnland wütete einmal der weiße Terror und mordete tausende unserer Brüder. Jetzt ist die faschistische Welle in diesem Land vorbei, wie die letzten Wahlen zeigten, die der Sozialdemokratie einen gewaltigen Aufschwung brachten. Da wir annehmen, daß die gleichgeschaltete Presse in Deutschland sich still um diese Tatsache herumdrücken wird, bringen wir nachstehend das Ergebnis:

Sozialdemokraten	88	66	+22
Faschisten	32	42	—10
Konservative	54	59	— 5
Fortschrittler	11	11	—
Schweden	21	21	—
Kleinbauern	4	3	+ 1

Das ist die Katastrophe der Faschisten, die 25 Prozent ihres Besitzstandes verloren. Die Sozialdemokratie hat mit 88 Mandaten von 210 insgesamt 42 Prozent aller Wähler hinter sich.

Was sagt man in Holland?

Amsterdam, Mitte Juli.

In Holland gibt es zwar mehrere faschistische Parteigrüppchen, von denen die eine mehr zu Mussolini, die andere mehr zu Hitler neigt, aber die Holländer sind ein ziemlich antimilitaristisches Volk; und so gerne sie auch am Straßenrand Spalier bilden, um einen Zug von Reklamefahrzeugen oder eine Propagandafahrt jugendlicher Radfahrer auf blumengeschmückten „Fietsen“ anzustaunen, — einem uniformierten Aufmarsch in Viererreihen und Gruppenkolonnen begegnet der Fremdling hier kaum.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es im holländischen Bürgertum an latenten Sympathien für den faschistischen Gedanken fehlt. Aber ein allzustarkes Aufkommen irgendwelcher Sympathien für den deutschen Hitler-Nationalismus wird durch eine sehr geschickt und betriebsame Agitation gegen Deutschland verhindert, die freilich nicht ausgeht von irgendwelchen landesverräterischen Marxisten oder Juden, sondern von der deutschen Regierung selber durch die ununterbrochene Kette ihrer provokatorischen Maßnahmen.

Die holländische Regierung hat jetzt eine Anweisung an die Polizeibehörden herausgegeben, die politische Tätigkeit der Ausländer schärfstens zu unterbinden. Diese Verordnung richtet sich weniger gegen die deutschen Emigranten, die in dem teuren Lande nicht eben zahlreich sind, als gegen die Agenten von jenseits der Grenze, die sich namentlich in der Provinz Limburg unangenehm bemerkbar machen. In Limburg arbeiten 25.000 deutsche Bergarbeiter, die man jetzt „gleichzuschalten“ versucht, indem man ihnen androht, sie würden andernfalls bei ihrer Rückkehr nach Deutschland die schlimmsten Erfahrungen machen. Daneben wird auch für den Anschluß der Provinz Limburg an das Dritte Reich Propaganda getrieben, Leiter der Bewegung ist ein gewisser Conrad Tykow, der vor kurzer Zeit als Angestellter in das deutsche Konsulat der Provinz berufen wurde.

Das schlug dem Faß den Boden aus, und es kam die neue Verordnung.

Aber auch die wirtschaftlichen Maßnahmen der Hitlerregierung reizen die Holländer bis aufs Blut. Erst waren es die Autarkiemaßnahmen Deutschlands, die Schließung der Grenzen, die dazu führten, daß den holländischen Gemüsebauern die Ernte auf den Aeckern verfaulte. Nun wird durch Schachts neues Transfermoratorium die Existenzfrage für unzählige städtische Bürgerfamilien gestellt.

Eine Enquete der Niederländischen Bank hat ergeben, daß 47.500 in Holland ansässige Personen oder Firmen Forderungen nach Deutschland, und zwar in einer Gesamthöhe von 1044 Millionen Gulden (nahe an zwei Milliarden Reichsmark) haben, d. h., der größte Teil der niederländischen Bourgeoisie ist an den deutschen Zahlungen unmittelbar oder mittelbar interessiert. Nach dem bislang bestehenden Transfer-Moratorium bekamen die Gläubiger zwar nicht ihr Kapital, wohl aber ihre Zinsen aus Deutschland heraus. Wenn sie jetzt auf Grund der einseitigen Maßnahmen Deutschlands auch keine Zinsen mehr bekommen, so bedeutet das für Zehntausende von niederländischen Rentnerfamilien das Nichts!

Daß sich diese aufgeregten Leute mit dem bloßen „Wir können nicht zahlen“ Schachts nicht begnügen, liegt auf der Hand. Zumal sich nach einigen Verhandlungen und angedrohten Repressalien der betroffenen Länder bereits gezeigt hat, daß Deutschland selbst zugab, mindestens 50 Prozent seiner Zinsverpflichtungen in Valuten zahlen zu können. Man betrachtet Schachts Vorgehen als ein reines Erpressungsmanöver, und auch die angekündigte Transferierung des halben Zinsbetrages hat keine Beruhigung geschaffen, denn noch ist die Frage ungelöst, wer das Valutenrisiko für die in Deutschland verbleibende andere Hälfte trägt. Diese Frage ist besonders auch deswegen dringlich, weil eine Reihe deutscher Großschuldner — unter offensichtlicher Begünstigung der Hitler-Regierung — jetzt das Sinken des Dollars auszunutzen suchen, um ihre ausdrücklich auf Golddollar lautenden Schuldbeträge zum weit tieferen Kurse des Papierdollars zurückzuzahlen.

Die holländische Regierung hat nun ein Clearing-Gesetz erlassen, das sie ermächtigt, direkte Zahlungen an Länder, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, zu verbieten und diese Zahlungen an eine niederländische Clearingstelle zu dirigieren. Das Gesetz nennt keinen Namen, aber jedermann weiß, daß es sich gegen Deutschland richtet.

Holland dreht den Spieß um und sagt: „Zahlt ihr nicht, so zahlen wir auch nicht.“ Und das ist sehr bitter, denn immer noch sind die Niederlande eines der bedeutendsten Einfuhrländer für die deutsche Industrie. Diese kann jetzt zwar weiter nach Holland liefern, aber Zahlung in Gulden soll sie nicht mehr erhalten. Die Zahlungen sollen vielmehr zurückgehalten und zur Befriedigung der Holländer verwendet werden, die ihre Zinsen aus Deutschland nicht herausbekommen. Mit anderen Worten, von Holland kommen keine Devisen mehr nach Deutschland herein.

Man behauptet hierzulande, daß die niederländische Regierung mit ihrem Vorgehen nicht alleinsteht, sondern daß auch andere Länder, vor allem die Schweiz, die sich Deutschland gegenüber in einer ähnlichen Lage befindet wie Holland, zu gleichen Maßnahmen zu greifen entschlossen sei. Die Zukunft wird lehren, wie lange das Kartenhaus der gänzlich ungedeckten deutschen Reichsmark solche Erschütterungen ertragen kann . . .

Internationale Planwirtschaft

Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat an die an der Weltwirtschaftskonferenz beteiligten Mächte ein Manifest gerichtet, dessen Forderungen auch nach dem ruhmlosen Ende der Konferenz ihre Bedeutung behalten.

Die Forderungen gipfeln in dem Verlangen nach Arbeitszeitverkürzung. Durch eine internationale Konvention soll zunächst die 40--Stunden-, bezw. 5-Tage-Woche als Höchstdauer der Arbeitszeit in allen Ländern und allen Betrieben ausnahmslos gesetzlich eingeführt werden.

Ferner soll ein umfassendes Programm öffentlicher internationaler Arbeiten zur Durchführung gelangen.

Da die private Initiative versagt, muß der Ausfall durch Aufträge des Staates und der Betriebe der öffentlichen Hand ausgeglichen werden. Die Finanzierung wäre wesentlich erleichtert, wenn die unsinnigen Rüstungen eingestellt und die freiwerdenden Mittel produktiv angelegt würden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hält ferner den Abschluß eines Zollfriedens als international verpflichtendes Abkommen, dem ein systematischer Abbau der Zollmauern folgen muß, für dringend erforderlich. Ebenso wie der Handelskrieg muß auch der Währungskrieg beseitigt und in Zukunft vermieden werden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist mit den Sachverständigen der Meinung, daß Teilmaßnahmen zu keinem dauernden Erfolg führen werden. Er bleibt der Auffassung, daß nur ine grundsätzlicher Umbau der Wirtschaft und eine grundsätzlich neue Wirtschaftsführung, die allein in der Richtung der Planwirtschaft liegen kann, das Wohlergehen der ganzen Menschheit zu sichern vermag. Bei gleichzeitiger Stärkung der Konsumkraft der Völker würden folgende Forderungen dem Wirtschaftschaos ein Ende bereiten und der allein menschenwürdigen Form der Bedarfsdeckungswirtschaft den Boden ebnen:

planmäßige Rohstoffwirtschaft, Produktionsregelung und planmäßige Güterverteilung mit dem Ziele erhöhten eVrbrauchs durch Konsumsteigerung; insbesondere Errichtung einer internationalen Produktions- und Verteilungsplanstelle, Schaffung international verpflichtender Produktionsabkommen; planmäßige Kapitalpolitik, ausgerichtet auf ein großzügiges internationales Arbeitsbeschaffungsprogramm; u. a.: Schaffung eines internationalen Finanzierungsinstituts; planmäßige Kreditpolitik, der die Streichung der Kriegsschulden und die Liquidierung der kommerziellen internationalen Clearing- und Amortisationsbank, — Bankenkontrolle;

Errichtung eines internationalen Wirtschaftsamtes und eines internationalen wirtschaftlichen Schiedsgerichtshofes, deren Aufgaben es sind, unter entscheidender Mitwirkung der organisierten Arbeiterklasse diese irtschaftlichen Planmaßnahmen einzuleiten und zu kontrollieren und die Durchführung insbesondere der handelspolitischen Abkommen und Verträge zu überwachen.

Abnahme der Arbeitslosigkeit?

Potemkinsche Dörfer!

Vor sechs Monaten hat Hitler die Beseitigung der Arbeitslosigkeit angekündigt. Aber die Arbeitslosen haben noch nichts verspürt, daß dieses Versprechen erfüllt wird. Noch immer weist selbst die amtliche Statistik rund fünf Millionen unterstütze Arbeitslose nach. Gewiß ist in den günstigen Monaten des Sommers die Arbeitslosigkeit um etwa 600.000 geringer als in den ungünstigen Wintermonaten. Aber die Abnahme der Arbeitslosenzahl um 1,200.000, die Hitler vor 14 Tagen behauptete und von zwei Millionen Arbeitslosen, wie er vor einer Woche sagte, besteht nur in seiner Phantasie.

Abgesehen von der natürlichen Abnahme der Arbeitslosen hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in keiner Weise gebessert. Alles was die amtliche Statistik darüber zu erzählen weiß, ist trügerisch oder Schwindel. Viele hunderttausende von Arbeitslosen erscheinen jetzt nicht mehr in der Statistik, weil man ihnen die Unterstützung genommen hat. Andere Arbeitslose werden nicht mehr gezählt, weil der Staat sie als Landhelfer vermietet, in den Arbeitsdienstgesteckt oder zu Hilfspolizisten gemacht hat. Auf diese Weise kommen die günstigeren Zahlen zustande, die allerdings nur auf dem Papier eine Besserung der Wirtschaftlage ankündigen.

Deutschlands Wirtschaftslage ist nach wie vor trostlos. Irgendwelche ernsten Anzeichen einer natürlichen Belebung sind nicht festzustellen; im Gegenteil, der Außenhandel schrumpft weiter zusammen, die Konsumkraft im Innern nimmt ab, die kümmerlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Hitlers sind, soweit sie nicht überhaupt potemkinsche Dörfer darstellen, wie der Bau des Tunnels vom Anhalter zum Stettiner Bahnhof in Berlin, zwar sehr kostspielig, aber doch nicht umfassend genug, um eine große Zahl von Arbeitslosen in Beschäftigung zu bringen.

Von allen Schichten des Volkes, die Hitler bewußt betrogen hat, sind die Arbeitslosen am schlechtesten dran. Arbeit wird Hitler ihnen nicht verschaffen, aber die Unterstützung wird er ihnen kürzen. Die Lebensmittel hat er ihnen schon verteuert und dadurch ihre Lebenshaltung verschlechtert. Nun kommt aber auch noch die Zeit, wo die Unterstützung durch die Inflation völlig in nichts zerrinnt.

Hitler schwingt den Bettelsack.

Trotzdem 300 Millionen neue Steuern.

Es muß schlecht um Hitlers Kasse und um die Kasse des Reiches stehen. Man schwingt schon den Bettelsack, um Geld zu beschaffen. Das neueste ist eine „freiwillige“ Arbeitsspende. Einstweilen ist das Ergebnis dieses Appells sehr dürftig. Aus einem Aufruf des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, ersieht man, daß der Druck mit der Hungerpeitsche und die Gefahr der Internierung im Konzentrationslager zwar ausgereicht hat, um einige Beamte, Angestellte und Arbeiter zu zwingen, einen Teil ihres Lohnes als Spende zu entrichten. Aber von Unternehmern wird etwas derartiges noch nicht einmal mitgeteilt. Ueberhaupt hütet man sich, Zahlen über den Ertrag dieser Spende anzugeben.

Die „Spende“ ist natürlich nichts anderes, als ein gewöhnlicher Abzug an Lohn oder Gehalt. Im Dritten Reich müssen nur Arbeiter, Angestellte und Beamte zahlen. Das hat die „Ehestandshilfe“ bewiesen, die von der Hitlerregierung eingeführt worden ist. Sie ersetzt die alte Ledigensteuer, die nur 1 Prozent betrug, während die Ehestandshilfe mindestens 2 Prozent ausmacht. Außerdem wird diese Steuer in erster Linie von den kleinen Leuten erhoben. Sie muß bereits bei dem Einkommen von 75 Mark mit 2 Prozent entrichtet werden. Bei einem Einkommen von 150 Mark beträgt sie 3 Prozent, bei 300 Mark 4 Prozent, bei 500 Mark 5 Prozent. Eine weitere Steigerung findet nicht statt. Dort also, wo die Steuer erst beginnen sollte, hört die Erhöhung bereits auf. Die Steuer ist also wesentlich unsozialer gestaltet als die Einkommensteuer. Sie ist eine brutale Belastung der kleinen Leute, dagegen ist eine sehr wesentliche Entlastung der hohen Einkommen. Selbst in rein kapitalistischen Staaten werden die kleinen Einkommen viel besser behandelt. So hat vor kurzem der Kanton Basel eine Sozialsteuer eingeführt, bei der alle Einkommen unter 2000 Franken steuerfrei sind, während Einkommen von 50.000 Franken einen Zuschlag von 15 Prozent zu zahlen haben.

Allein durch Ehestandsbeihilfe und Fettsteuer, die beiden einzigen Steuererhöhungen, die das Hitler-Regime gemacht hat, werden den unteren Schichten des Volkes dreihundert Millionen Mark gestohlen. Jede Familie verdankt also Hitler auf diesem Weg eine Einkommensminderung von 30 Mark. Sie wird zu Geschenken an die Reichen benutzt!

VDH. Augen rechts!

„Nach dem Liede „Volk ans Gewehr!“ trug ein Jungangestellter einige Stellen aus dem „Imperium teutonicum“ Wilhelm Stapels vor. Nach dem Kommando: „Stillgestanden! Augen rechts!“, wurde die Verbandsfahne des DHV eingeholt und an ihrer Stelle die Hakenkreuzfahne gehißt“ („Hannov. Kurier„)

Siegheil

„Mit zusammengeschlagenen Hacken klang dann aus jungen Kehlen als Ausdruck ehrlichen Bekenntnisses zum neuen Werk ein dreifaches Siegheil und das darauf von der Musik angesetzte Schlußlied Horst Wessels.“ (Aus einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“.)

Süßheil

„Der Präsident des deutschen Konditorenbundes, Funke-Kaiser, rühmte die Verdienste der Dresdner Innung und des sächsischen Verbandes. Er brachte auf sie ein dreifaches Süß-Heil aus.“ (Bericht der „Dresdener Nachrichten“.)

Ueberall Juden!

Streichers Zeitschrift, der „Stürmer“ in Nürnberg „enthüllt“, daß der gegenwärtige Papst das uneheliche Kind einer holländischen Jüdin namens Lippmann sei. Nach derselben Quelle stammen die Habsburger von einem getauften Juden namens Petrus Leonis (Löwenstein).

17. Kind — 20 RM.

Offiziös wird gemeldet:

Dem Arbeiter Karl Seidl in Kreuz wurde das 17. Kind geboren und dem Reichskanzler Hitler die Ehrenpatenstelle angeboten. Der Reichskanzler hat die Patenschaft angenommen und den Eltern in einem Schreiben seine besten Glückwünsche zu dem Kinde ausgesprochen. Dazu hat der Reichskanzler eine Ehrengabe von 20 RM. den Eltern überweisen lassen.

„Außermusikalische Gründe“

Das 63. deutsche Tonkünstlerfest hat Enttäuschung hervorgerufen. Große Zeitungen stellen seine Unergiebigkeit unumwunden fest. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, daß „aus außermusikalischen Gründen in letzter Stunde noch einige Werke ausgewechselt worden waren“. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ charakterisiert einige der aufgeführten Stücke als Stücke „völliger Einfallslosigkeit“. Das Ergebnis ist gleich null.

Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.